

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Der Oldenburgische Volksfreund

Oldenburg

No. 3, 9. Januar 1850

urn:nbn:de:gbv:45:1-4866

Der

Oldenburgische Volksfreund.

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Zweiter Jahrgang.

Er scheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grote, durch die Post bezogen 24 Grote Courant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlags-handlung angenommen.

Die deutsche Frage in der Württembergischen Kammer.

In der Sitzung vom 11. December sprach Gustav Pfizer:

Die deutsche Frage ist das A und das D, und ich schene mich nicht zu gestehen, daß ich zuerst ein Deutscher und dann ein Würtemberger bin.

Aber die Frankfurter Reichsverfassung durchzuführen ist eine physische Unmöglichkeit. Die Forderung enthält aber auch Widersprüche. Nachdem die Kaiserwürde vom König von Preußen nun mal abgelehnt ist, kann jene Reichsverfassung nicht noch in voller Gültigkeit bestehen; denn die Wahl des Oberhauptes des größten reindeutschen Staats war von innerer Nothwendigkeit beherrscht, und das Preussische Volk würde nicht zugeben, daß sein König sich abenteuerlich einem Herzoge, oder dem Fürsten von Waldeck, oder dem Obertribunalrath Waldeck unterwürfe. Wenn man einer Pyramide von Glasflus die Spitze abbricht, so fällt zum Erstaunen der Unkundigen die ganze Pyramide in Staub.

Indes, eine unmögliche Forderung hat für eine Regierung weniger Unbequemes als eine mögliche. Sie ist auch wohl nicht so böß gemeint. Es handelt sich hier nicht um eine zerschmetternde Bombe, sondern um einen harmlosen Ball, der mit Luft gefüllt ist. Das Gefährlichere ist die Erwartung: die Regierung werde keiner andern Regelung der deutschen Frage sich anschließen. Und doch könnte sich vielleicht die Regierung damit leichter einverstanden erklären. Denn das gibt eine Politik des Zwartens und Temporistrens. Wir aber wünschen und hoffen, daß die Regierung handle. Ein kleiner Staat kann freilich nicht

die Initiative einer selbstständigen großen Politik ergreifen, und Baiern, das sich zur dritten Großmacht aufwerfen wollte, hat eine bittere Erfahrung gemacht; aber der kleine Staat kann sich größeren Grundsätzen anschließen, an den Grundsätzen der Ehre und Würde festhalten, sich die Achtung der größern erwerben, seine moralische Würde in die Waagschale legen.

In dem Dreikönigs-Bündniß findet nun Oestreich nach seiner eignen ausdrücklichen Erklärung in seiner Verfassung vom 4. März keinen Raum. Wenn Baiern aufsechtig wünscht, das übrige Deutschland möge sich anschließen, so erreicht es seinen Wunsch nicht durch Zwartens, sondern dadurch, daß es dem Nachbar ein Beispiel gibt, und auf dessen Entschluß nachdrücklich einwirkt. Württemberg zumal hat sich schon bei Anerkennung der Frankfurter Reichsverfassung zu der nothwendigen Einbuße an Souveränität entschlossen, und das Dreikönigsbündniß verlangt in der Hinsicht viel weniger. Die Grundrechte erleiden freilich darin manche Modification und der Unvollkommenheiten sind mancherlei; wir müssen aber froh sein, überhaupt einmal einen Anfang zu haben.

Mat hat das Dreikönigsbündniß ein todtgebornes Kind genannt. Indes hat dies todtgeborne Kind nicht nur seinen Pflegern, sondern auch andern manche schlaflose Nacht gemacht. Man erkundigt sich eifrig nach seinem Befinden; man sucht ihm einen Schlaftrunk einzugeben, und dies Kind, obgleich erst 6 Monat alt, es schreit nicht blos, sondern es hat auch schon gesprochen, und spricht deutsch, und es ist nicht ein wehrloses Kind, sondern ein gewappneter Mann steht hinter ihm.

Nur auf dem Wege des Dreikönigsbündnisses ist die Einheit zu erreichen. Denn Oestreich ist in der

legten Zeit mehr bemüht gewesen, die deutschen Verhältnisse zu verwirren als zu lösen. Gelingt es ihm, im Bunde mit den 4 Königen, den Bundesstaat scheitern zu machen, so wäre das der Sieg des alten Deutschlands über das neue, der Sieg der dynastischen Interessen und des Particularismus. Ich richte daher an die Regierung die dringende Bitte, den Anschluß an das Dreikönigsbündniß zu ergreifen. Je früher Württemberg beitrifft, um so eher werden Regierung und Volksvertretung gegen nicht gebilligte Bestimmungen ihre Stimme geltend machen können.

Der heilige Ring der deutschen Einheit konnte im vorigen Jahre von den Vertretern der Nation geschlossen werden, wenn das Eisen geschmiedet wurde, so lange es glühte; aber jetzt ist es erkaltet und das kalte und blanke Eisen könnte am Ende die Frage lösen und andre Hände der deutschen Nation eine Kette schmieden. Zwar würde das Volk sie wieder lösen, aber nicht ohne harten Kampf, und es bliebe möglich, daß das Schwert des Auslandes ein Stück vom Vaterlande im Bürgerkriege löstrennte.

Am 17. Decbr. wiederholte Kapff seinen Antrag auf Anschluß an den Bundesstaat. Württemberg's geistiges, politisches und materielles Leben, hatte er am 7. gesagt, fordert gebieterisch das Heraustrreten aus seiner vereinzelteten Stellung. Oestreich läßt uns nichts wahrhaft Großdeutsches mehr erwarten. Von dem neuen Reichstage ist die Festhaltung der meisten und wesentlichsten Rechte der Frankfurter Nationalversammlung zu hoffen, und die Verbrüderung Württemberg's mit etwa 27 Millionen Deutschen ein hoffnungsvoller Anfang, außer dem aber ein hoffnungsloser Zustand.

Am 17. fügt er hinzu: Von den meisten Rednern habe ich nur gehört, was sie nicht wollen. Kein einziges Mitglied konnte sagen, wie dem Festhalten der Majorität an der Frankfurter Reichsverfassung eine andere Bedeutung gegeben werden könnte als die einer bloßen Protestation. Von den Conservativen erklären sich die einen gegen Preußen, die andern in der Mehrzahl gegen Oestreich. Was und wie „das Volk“ denkt, ist schwer zu sagen, gewiß aber, daß 10, 50 oder 100 Männer nicht das Volk sind. Ich habe eine Menge von Kaufleuten, Fabrikanten, Professionisten, Deconomen u. gefragt und muß als sicheres Ergebnis behaupten: der größere Theil des Volks denkt nicht viel über die Frage; allgemein aber wird eine endgültige Entscheidung gewünscht. Dies war auch der Hauptgrund, warum im April dieses Jahres sogar das Preussische Erbkaiserthum, und selbst von

(dem katholischen) Oberschwaben verlangt wurde. Die Meisten haben gegen Preußen bloß das, daß die Zollvereinigung mit ihm unsern Gewerben großen Schaden bringe. Aber selbst diese wünschen größten Theils nur eine Revision und Erhöhung mancher Zölle. Von Oestreich erwartet die überwiegende Mehrzahl mehr Nachteile für Gewerbe und Handel als Vortheile. Jedenfalls will man mit Baden und Baiern in Verbindung bleiben, und schon wegen Badens, das ein Kaufmann unsre rechte Hand (Baiern die linke) nannte, muß man den Zollverein mit Preußen beibehalten. In politischer Beziehung ist der bei weitem größte Theil der Sachverständigen im Volke entschieden für unsern Anschluß an den Bundesstaat, und würde das Gegentheil für ein Unglück ansehen. So am meisten die, die es mit der Regierung am redlichsten meinen; der kleinere Theil des Volks hat politische, religiöse oder auch irreligiöse Antipathien gegen Preußen. So viele Katholiken, so die meisten Demokratischgestimmten, besonders aber diejenigen, welche besorgen, daß die festere Gestaltung unsrer Staatsverhältnisse durch den deutschen Bundesstaat der fortwährenden Spannung und sieberhaften Aufregung, worin sie das Volk erhalten möchten, ein Ende machen und die Ausführung ihrer der Revolution günstigen Absichten verhindern würde.

Deswegen wünschen wir den Anschluß Württemberg's eben so sehr im Interesse der Regierung als des ganzen Volks. Die Unsicherheit, das allgemeine Mißtrauen, die Stöckung im Handel und Gewerbe und die Verarmung muß aufhören. Zwar ist, und, wie die Kaufleute sagen, hauptsächlich durch die festere Gestaltung des Bundesstaats, mehr Leben gekommen, wie auch die preussischen Course, sogar beim Papiergelde, die höchsten sind und über pari stehen. Aber bei uns finden Stablissements im Werthe von 100,000 ₰ noch nicht einmal zu 30,000 ₰ einen Käufer. Und bei der durch viele Stände hindurch herrschenden Unzufriedenheit wird es den Segnern der geseglichen Ordnung immer leichter werden, die Gemüther in Aufregung zu erhalten, da ohne dies die traurige Sitte herrscht, alle Schuld aller Uebelstände auf die Regierungen zu werfen, statt auch an die eigenen Fehler zu denken. Als Hauptmittel gegen eine Revolution und als Hauptstütze für die Umkehr der Gemüther zu geseglicher Ordnung sehe ich den deutschen Bundesstaat an. Jetzt lähmt der Schmerz über die Zerrissenheit die edelsten Geister und wirkt in den Massen eine stumpfe Gleichgültigkeit, was sich z. B. in der überall auffallenden Nichtbetheiligung an den Wahlen zeigt.

Das Directorium wäre nur eine Anstalt zu immerwährenden Streitigkeiten, in denen die kleineren Staaten zuletzt doch immer von den größeren unterdrückt würden. Die Frankfurter Nationalversammlung wieder zu berufen, ist eine Unmöglichkeit; die Fürstenthäten es nicht und die Völker erkennen in der Mehrzahl, daß auf diesem Wege keine Vereinbarung zu hoffen ist. Oestreich scheint auch dazu wenig Lust zu haben; es hat in seiner Verfassung vom 4. März nicht die leiseste Rücksicht auf Deutschland genommen und scheint nur darauf auszugehen, seiner alten Politik gemäß, die deutschen Staaten getrennt von einander zu halten, um desto sicherer über sie zu herrschen. Und wenn auch die östreichische Regierung dem Zuge zu Deutschland folgen wollte, so ist zu besorgen, daß sie immer wieder nach der andern Seite hinübergezogen wird durch die nicht-deutsche Bevölkerung. Unter seinen 37 Mill. Einwohnern hat Oestreich nur 7 Mill. Deutsche; dagegen 17 Mill. Slaven, 5 Mill. Ungarn, 5 Mill. Italiener, 2 Mill. Wallachen u. s. w. Alle diese nicht-deutschen Volkstämme haben einen alten Haß gegen die Deutschen, der durch die Revolutionenkriege der letzten Jahre nur vermehrt ist.

Dagegen würde der deutsche Bundesstaat mehr Nicht-Preußen als Preußen enthalten, und trotz aller Gegenreden halte ich den Glauben fest, daß Preußen's Staatsmänner und Volk wirklich ein großes und freies deutsches Vaterland wollen. Gegen die Klagen über seine Intoleranz stellte der bischöfliche Rath Rintel zu Breslau das Zeugniß aus, die katholische Kirche habe in Preußen mehr Freiheit als in Oestreich und Baiern seit Jahrzehnten, wie auch die Preußen in Frankfurt in einer der katholischen Kirche günstigen Weise gestimmt haben. Solche Toleranz von Oestreich zu hoffen, haben wir bis jetzt keinen Grund, da wir ohne bessere Proben so schnell die Erfahrungen von Jahrhunderten nicht vergessen können. Ueberhaupt schleicht uns noch allzusehr durch die Oestreichischen Rathfälle der undeutsche und volksfeindliche Metternichsgeist.

Gegen die Fehler der Preussischen Politik unter den Stürmen der letzten 20 Monate bin ich nicht blind. Aber welche Regierung und welches Volk muß nicht bekennen, daß dies und jenes anders hätte gemacht werden sollen? Und selbst die Leute in Baden und Sigmaringen haben schon das argwöhnisch gehaftete preussische Militär achten, sogar lieben gelernt, so wie wir kürzlich lasen, daß auch die Rastatter Gefangenen den Preußen ihre Achtung nicht versagen konnten.

Uebergrieffe Preußens würde die Verfassung des Bundesstaats hindern. Sie gibt die meisten und wesentlichsten Rechte der Frankfurter Verfassung. Wer damit nicht zufrieden ist, könnte, weil er zu viel will, am Ende nichts bekommen. Auch ist ja diese Verfassung nur ein Entwurf, und auf dem Erfurter Reichstag würde Württembergs Stimme gewiß ihr Gewicht in die Waagschale legen. Je mehr der Anfang durch den Beitritt der kleineren Staaten vergrößert wird, desto achtunggebietender wird der Bundesstaat für Oestreich. Kommt es aber bei uns vom Weilen nie zum Gilen, so wird auch Baiern, Sachsen und Hannover und Oestreich nur warten.

Darum frisch an's Werk! Statt des Geistes, der nur verneint, statt der dunklen Gefühls-Anti- und Sympathien, statt der hundertfachen Bedenkllichkeiten, die mehr schaden als das was sie fürchten, befehle uns der Geist der echten Vaterlandsliebe, der das Beste des Einzelnen unterordnen muß dem Wohle des Ganzen. Die Souveränität unsers Staats wird ja auch der Bundesstaat nie in dem Maaß beschränken können, wie es der Bundestag gethan hat, und wie es geschah durch die Zugeständnisse an die Demokratie, und Opfer müssen und sollen gebracht werden.

D. B. N. 352; zweite Beil. (in Abtünzung.)
D. 26. Decbr.

Protest bei den Wahlen zum Landtage.

Die auf den 5. d. M. von dem Volks- und Arbeitervereine in Jever nach Oldenburg ausgeschriebene sogenannte Landesversammlung hat, was den Zulauf von Außen betrifft, nicht den Erwartungen der Anstifter entsprochen, da die Stadt Oldenburg und Umgegend die überwiegende Mehrheit der Besucher geliefert hat. Die Beschlüsse sind dagegen so ausgefallen, wie die Jeverischen Vereine sie in dem Aufrufe angedeutet, und die Herrschaft Jever oder vielmehr die Jeverischen Demokraten tragen auch dieses Mal wieder den Ruhm davon, daß sie den Impuls zu kräftigen Schritten gegeben, die aber doch wohl kaum zu dem erstehnten Ziele führen werden, da sie sich, was die innern Verhältnisse betrifft, nicht auf dem Boden des Gesetzes bewegen, der freilich zum Aushängeschild mitgewählt ist.

Die demokratische Opposition will bei den Wahlen zum Landtage sich betheiligen, doch nur unter Protest wählen und insbesondere damit gegen die Gesetlichkeit der Veränderungen des Wahlverfahrens protestiren. Diesen Beschluß halten wir für unzulässig, für gesetzlich unausführbar und außerdem für inconsequent.

Unzulässig ist ein solcher Protest, weil darin eine Bedingung oder moralisch bindende Instruktion gefunden werden muß, welche nach §. 11 des Wahlgesezes vom 18. Febr.

1849 ausdrücklich verboten ist. Die Wähler wählen die Wahlmänner unter Protest gegen die Gesetlichkeit der Aenderung des Wahlverfahrens; die so gewählten Wahlmänner die Abgeordneten und diese, aus dem mit Protest umgürteten Wahlen hervorgegangen, sollen, das ist offenbar der einzige Sinn des Protestes, den Ursprung nicht verleugnen und von Neuem im Landtage Protest erheben.

Die Bedingung deren Erfüllung durch die Annahme der Wahl versprochen wird, die Instruction, welche darin liegt, ist nicht zu verkennen. Die Gesetlichkeit des Beschlusses, bei der Wahl zu protestiren, wird hiernach schwerlich nachgewiesen werden können und richtiger würde es gewesen sein, wenn sich die Versammlung, nach Art. 44 des Staatsgrundgesetzes, zu Antzügen vereint hätte.

Gesetlich unausführbar ist der Beschluss, weil jeder Vorsitzende in den Wahlversammlungen, nach §. 15 des Wahlgesetzes vom 18. Febr. 1849, den Protest zurückweisen muß. Derselbe kann bei dem Wahlacte nicht zur Verhandlung kommen und nicht in das Wahlprotocoll aufgenommen werden, da die Frage über die Gesetlichkeit der eingetretenen Aenderungen dem Wahlverfahren, der Wahlhandlung fremd ist und nur das darauf Bezügliche in das Protocoll gehört. In den Wahlversammlungen, so lautet der angezogene §. 15, dürfen andere als auf die Wahl bezügliche Gegenstände nicht zur Verhandlung gebracht werden, und versteht es sich ganz von selbst, daß hiernach nur Gegenstände verhandelt werden können, soweit dieselben zur Competenz der Wähler gehören. Daß aber eine solche Competenz nicht rücksichtlich solcher Fragen angenommen werden kann, welche vor dem Landtage allein etwa zur Verhandlung kommen können, wird wohl Niemand bestreiten können. Wenn daher die, welche die Wahlverhandlungen leiten, ihre Pflicht thun, so kann der Beschluss der sogenannten Landesversammlung so gar nicht zur Ausführung kommen.

In consequent ist der Beschluss, indem es sich im Grunde nur um Wählen oder Nichtwählen handeln konnte, da, wenn man die Gesetlichkeit einer Maßregel nicht anerkennt, derselben überhaupt keine Folge zu geben ist, weil in der Wahl, selbst mit Protest, immer eine Anerkennung liegt.

Der, freilich von Richtern aus höhern Justizcollegien angebahnte Beschluss der sogenannten Landesversammlung dürfte hiernach in keiner Beziehung zu rechtfertigen, noch von practischen Folgen sein, und wenn, dem Vernehmen nach, die Staatsregierung die Vorhörer in den Wahlversammlungen, rücksichtlich etwaiger Proteste, auf die §§. 11 und 15 des Wahlgesetzes verwiesen hat, so wird das bei den klaren gesetzlichen Vorschriften nur deshalb geschehen sein, um ein gleichmäßiges Verfahren noch mehr zu sichern. X

*) Der von der sogenannten Landesversammlung gefasste Beschluss, wie derselbe nach Einsendung dieses Artikels bekannt geworden, rechtfertigt vollkommen die von dem Hrn. Verfasser angenommene Bedeutung des Protestes.

Ann. d. Red.

Ergebniß der Wahlen.

In der Stadt Oldenburg sind zu Wahlmännern gewählt:

Wibel, Oberg. Rath	519	Stimmen.
Meyer, Kupferschm.	509	"
v. Wedderkop, Oberlieut.	505	"
Claufen, Auditor	505	"
Cropp, Advocat	504	"
Köppen, Registrator	502	"
Lipfius, Secretair	502	"
Klocketer, Cammer-Revisioner	501	"
Schlömann, Kaufmann	501	"
Busch, Sattler	500	"
Lange, Kaufmann	500	"
Schulze, Ledgerber	500	"
Müller, Musikalienhändler	499	"
Böse I., Lehrer	498	"
Högl, Maurmeister	497	"
Baars, Bauaufseher	496	"
Hartong, Copist	496	"
Penninge, Geometer	495	"
Kauf sen., Schustermeister	493	"
Fortmann jun., Klempner	493	"
Fuhrten, Rechnungsfeller	491	"
Bollers, Tischler	490	"
Schmedes, Feldwebel	489	"
Bartholomäus, Zimmergesell	487	"
Diers, Bauerevagt	486	"
Stahr, Professor	485	"
Goldschmidt, J. W., Kaufmann	478	"
Sonnwald jun., Gärtler	478	"
v. Farien, Weinbändler	475	"
v. Eichstorf, Hauptmann	470	"
Häder, Advocat	470	"
Zeetius, Ministerialrath	470	"
Starck, Geh. Hofrath	468	"
Glauerdt, Tischler	467	"

Die nächsten Stimmen hatten: Goens 468, Hegeler 468, Propping 467, Kercklieg 467, Strackerjan 467, Schäfer 466, Käwer 466, Büsing 466, Berndt 466, Meyer jun. 466, Jnhüllen 466, Reinardus 465, Breier 465, Klavemann jun. 465, Großtopff 463, v. Wedderkop 463, Welau 463 u. s. w.

In der Landgemeinde Oldenburg ist die Wahl der Wahlmänner ebenfalls zu Gunsten der demokratischen Partei ausgefallen. — Ebenso dem Vernehmen nach in Detmendorfs.

Bei den letzten Wahlen zum allgemeinen Landtage ist behauptet worden, daß Soldaten, welche nicht stimmberechtigt gewesen, mitgewählt hätten. Dem Vernehmen nach, soll dieses Mal eine Einrichtung getroffen sein, um etwaige Zweifel von vorn herein unmöglich zu machen.

Der

Oldenburgische Volksfreund.

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Zweiter Jahrgang.

Er erscheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grote, durch die Post bezogen 24 Grote Courant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlagshandlung angenommen.

Der Democraten-Protest gegen die Aenderung des Wahlverfahrens.

Das Jahr 1848 und 1849 liegt mit seinen tief erschütternden Bewegungen hinter uns und ein Blick in die Vergangenheit zeigt uns manche vergeblich gehegte Hoffnungen, manche für das größere und engere Vaterland umsonst verfolgte Pläne. Obwohl Vieles nach unsern Wünschen anders hätte kommen sollen, so haben wir doch Vieles erreicht und die Aufgabe des Jahres 1850 ist es, das Erlangte zu sichern und weiter auszubilden. Die gemachten Erfahrungen müssen uns dahin drängen, auf dem Boden des zur Zeit Erreichten fortbildend stehen zu bleiben, um nicht im Kampfe um Unerreichbares auch das Errungene zu verlieren. Es stände anders um uns, wenn das Jahr 1848 besonnen benutzt wäre; doch geben wir gern zu, daß die Zeit es mit sich brachte, daß es nicht geschehen ist. Jetzt aber hat sich die Zeit gewaltig geändert und mit Recht sollte man erwarten, daß die heißblütigen Democraten die Verhältnisse begreifen und auf sicherer Grundlage hin das Werk verfolgen sollten, was von den früheren Verirrungen gesäubert, Viele mit ihnen vereinen würde.

Die Bestrebungen unserer Democraten zeigen, daß sie noch nichts gelernt haben und mit Gewißheit ist vorauszu sehen, daß sie sich so ihr eigenes Grab graben, daß sie bald die Stütze ganz verlieren werden, welche schon so bedeutend an Kraft verloren hat. Die auf den 5. d. Mts. berufene Landesversammlung beweist mit ihren Beschlüssen, daß die Democraten noch im Jahre 1848 zu stehen wähnen und wenn wir uns nicht ganz über die Stimmung des Landes irren, so wird bald die

Erfahrung zeigen, daß ihre Berechnung wieder einmal eine falsche war.

Die Landesversammlung, welche nach dem Protocolle aus etwa fünfzig Auswärtigen bestand, hinter welchen selbstredend die Majorität des Landes steht, tritt das Land verwahrend mit einer Annahmung auf, welche die Parthei genügend bezeichnet, welche sich jetzt wieder bemüht, den verlorenen Einfluß von Neuem zu gewinnen und so gern terroristisch die Geschicke des Landes leiten will. Die Parthei hat wohl berechnend die Angriffe auf das jetzige Ministerium und die Maßregeln desselben bis zu dem Augenblicke verspart, in welchem unmittelbar auf die Wahlen gewirkt werden mußte, ohne daß der Gegenparthei Zeit blieb den Angriffen entgegen zu treten. Die Oppositions-Presse war, wie schon in öffentlichen Blättern bemerkt, unerwartet ruhig und das Manifest, welches jetzt die Landesversammlung erlassen, steht ungeschwächt da. Aber dennoch, so hoffen wir zum Wohle unseres engern Vaterlandes, wird der gehoffte Zweck nicht erreicht werden. Die Zeit ist vorüber, in welcher, wie einst in Jever, die Stellung des Agitators genügte, um die Gefeslichkeit der angerathenen Schritte anzunehmen. Jetzt wird geprüft und dann gewählt werden, nur auf die blind ohne Prüfung folgende Masse kann gewirkt werden und diese findet jetzt ein Gegengewicht, das ihr früher fehlte.

Die Veränderung des Wahlverfahrens, welche das jetzige Ministerium angerathen, ist von diesem in dem Vortrage, durch welchen sie beantragt, und wiederholt in öffentlichen Blättern gerechtfertigt. Der beschlossene Protest giebt keinen der Gründe zu und da in der Versammlung, nach dem Protocolle wenigstens, das Für und Wider nicht geprüft, so kommen